

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

---

6. Dez. 1946

Blatt 1721

Es ist besser nur eine Glühlampe brennen zu lassen, als auf elektrisches Licht überhaupt verzichten zu müssen.

## Exhumierungen im 24. Bezirk

=====

In den nächsten Tagen wird mit der Exhumierung (Enterdigung) der Leichen begonnen, die im 24. Bezirk, Mödling und in den zum 24. Bezirk gehörenden Ortschaften außerhalb von Friedhöfen in öffentlichen und privaten Anlagen, Gärten und Höfen provisorisch beigesetzt wurden.

Die Angehörigen dieser Gefallenen und Verstorbenen sowie alle jene Personen, die solche Leichen beerdigt haben und Papiere oder sonstige Gegenstände verwahren oder zweckdienliche Angaben über sie machen können, werden dringendst gebeten, sich sofort, aber nur Montag bis Freitag zwischen 14 und 16 Uhr im Alten Rathaus, Wien I., Wipplingerstraße 8, I. Stiege, 2. Stock, Tür 16, zu melden. An Samstagen findet kein Parteienverkehr statt.

Besondere schriftliche Verständigungen auch derjenigen Angehörigen, die bereits früher um die Durchführung der Enterdigung solcher Leichen angesucht haben, erfolgen nicht. Leichen, deren Angehörige sich nicht binnen 8 Tagen melden, werden von amtswegen enterdigt und in einem Schachtgrabe wieder beerdigt, aus dem eine neuerliche Enterdigung nicht mehr möglich ist. Es wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß ohne besonderen Auftrag der Zentralstelle für Exhumierungen des Gesundheitsamtes der Stadt Wien Enterdigungen nicht vorgenommen werden dürfen.

7. Dezember 1946

Landesernährungsamt Wien

„Rathauskorrespondenz“

Blatt 1722

22/1 **LEBENSMITTELAUFRUFE**für die Woche  
vom 9.12. bis 15.12.1946.**WIEN**

WAREN		Normalkartenempfänger										Zusatzkartenempfänger							
		KLST		KLG		K		JGD		E		S		A		B		M	
		0-3		3-6		6-12		12-18		über 18		Schwer- arbeiter		Arbeiter		Angestellte		u./st. Ordnung	
		Menge	Abschn.	Menge	Abschn.	Menge	Abschn.	Menge	Abschn.	Menge	Abschn.	Menge	Abschn.	Menge	Abschn.	Menge	Abschn.	Menge	Abschn.
Brot	dkg	25	1/1	50	W1/1	50	W1/1	50	W1/1	50	W1/1	140	1	35	1			35	1
„	„			45	2/1	35	2/1	100	2/1	100	2/1								
„	„					30	3/1	60	3/1	60	3/1								
„_Kleinabschnitte	„	20	4St	20	4St	35	7St	45	9St	45	9St								
Mehl	„	18	2/1	18	3/1	18	4/1	18	4/1	18	4/1								
Salzspeck	„							7	40	7	40								
Fleischgemüse	„			5	W1	5	W1	5	W1	5	W1								
Schmalz	„	8	41	5	W2	13	W2	13	W2	13	W2								
Fischkonserven	„			42,5	40	42,5	40					42,5	2	42,5	2	42,5	2	42,5	2
Haferflocken	„			10	W3	10	W3	10	W3	10	W3	52	4	35	4	9	4		
Teigwaren	„					29	26					10	8						
Grieß	„	18	13	20	13	20	13												
Zucker	„	70	14	56	14	56	14	28	14	28	14	10	6	3	6			10	6
Fischmarinaden	„											10	9					20	9
Schinken mit Ei	„																	16	8
Margarine	„											15	3	10	3			15	3
Hülsenfrüchte	„											12	5	12	5	12	5	12	5
Maisgrütze	„																	26	7
Frischmilch täglich	ℓ	3/4		1/2														1/2	
Magermilch	ℓ					1/4													
Erdäpfel <small>KARTOFFEL-KARTE</small>	dkg	70	22/1	140	22/1	140	22/1	140	22/1	140	22/1	70	7	70	7				
<i>Wahrscheinlicher Tages-Kalorienwert bei Zusatzkartenempfängern inschließlich Normalzuteilung.</i>		1004		1337		1539		1551		1551		2802		2194		1753		2509	

- 1) Die Abschnitte 40 und 41 mit Aufdruck "SV" sind ungültig.
- 2) Dose zu zirka 15 Unzen.
- 3) Für vier Wochen (Kalorienanrechnung wochenweise); Diabetiker erhalten auf Abschnitt 14 und auf Abschnitt 7 des Diabetikerausweises ein Päckchen Saccharin (200 Tabletten).
- 4) Aufruf gilt für jene Verbraucher, die keine Einlagerung rayoniert haben. Verbraucher die Lagererdäpfel bestellt, aber noch nicht bezogen haben, erhalten notfalls Teillieferungen gegen Vermerk auf der Rückseite des Stammabschnittes der Erdäpfelkarte 22/26.

Jugendliche und Verbraucher über 70 Jahre erhalten nach Anlieferung 1/8 Liter Magermilch täglich.

"Das öffentliche Armenwesen in Wien"  
=====

Unter diesem Titel erschien im Verlag für Jugend und Volk, herausgegeben vom Magistrat der Stadt Wien, eine interessante Skizze von Dr. Leopold Rieger. Die Broschüre gewährt einen tiefen Einblick in diesen Teil der Geschichte unserer Stadt, von den Anfängen der Armenfürsorge bis zu dem großzügigen sozialen Werk Professor Tandlers.

Schwedische Trockenmilch  
=====

Für die 3 - 6jährigen Kinder der Bezirke I und XXVI, die an der Ausspeisung in der letzten Woche teilgenommen haben, findet die Trockenmilchabgabe Montag, den 9.XII.1946, in den bekannten Ausgabestellen statt. Der Tag muß unbedingt eingehalten werden.

Kinder kommen aus der Schweiz  
=====

Die Kinder, die am 28. August 1946 und am 4. September 1946 in die Schweiz gefahren und noch nicht zurückgekehrt sind, treffen am 11.12.1946 in Wien ein. Sie sind um 7'30 Uhr früh vom Franz Josefs-Bahnhof abzuholen.

Entfallender Sprechtag  
=====

Der Sprechtag des amtsführenden Stadtrates der Geschäftsgruppe XII, Dr. Exel, fällt am Freitag, den 13. Dezember wegen dienstlicher Verhinderung aus.

Heimkehrer aus Italien  
=====

Aus dem Lager Pisa kam am 5. Dezember 1946 ein Transport mit 51 Heimkehrern, darunter 44 Wiener, auf dem Hütteldorfer Bahnhof an.

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1947.  
=====

Finanzreferent, Stadtrat Karl Honay, wird in der kommenden Woche dem Stadtsenat und dem städtischen Finanzausschuss den Voranschlag für das Jahr 1947 unterbreiten.

Im ordentlichen Teil werden Einnahmen von 387,653.170 S und Ausgaben von 457,626.440 S präliminiert, so dass ein Gebärungsabgang von rund 70 Millionen verzeichnet wird. Gegenüber dem Voranschlag 1946 ergibt sich bei den Einnahmen eine Steigerung um rund 57 1/2 Millionen und bei den Ausgaben eine solche von rund 89 Millionen Schilling.

Von den Mehreinnahmen entfallen 26 1/2 Millionen Schilling auf die Landes- und Gemeindeabgaben. Bei ihrer Veranschlagung wurde von den Ergebnissen des laufenden Jahres ausgegangen. Im einzelnen rechnet die städtische Finanzabteilung bei der Gewerbesteuer mit einem Ertrag von .40 Millionen (plus 4 Millionen), bei der Lohnsummensteuer mit 14 Millionen (plus 6'8 Millionen), bei der Grundsteuer mit 46 Millionen (plus 4 Millionen), bei der Vergnügungssteuer mit 18 Millionen (plus 6 Millionen), bei der Getränkesteuer mit 6 Millionen (plus 3 Millionen) und bei der Hundeabgabe mit 800.000 S (plus 50.000 S).

Das Erträgnis der neueingeführten Anzeigenabgabe ist mit 1 Million veranschlagt.

Die Gebühren für die Benützung der städtischen Einrichtungen - Verpflegungsgebühren, Wasser-, Bäder-, Kanal-, Müllabfuhr- und andere Gebühren - sollen einschliesslich der sonstigen Entgelte für Betriebsleistungen rund 95 Millionen Schilling einbringen; die Steigerung dieser Einnahmen gegenüber dem Voranschlag 1946 beträgt rund 23 1/2 Millionen Schilling und ist zum Teil auf höhere Leistungen infolge Rückkehr zu normaleren Verhältnissen und zum anderen Teil auf Gebührenangleichung zurückzuführen.

Die Leistungen des Bundes aus dem Titel des Finanzausgleiches wurden nach der zur . . . . Zeit der Erstellung des Voranschlages geltenden Weisung des Bundesministeriums für Finanzen im Ausmass des Jahres 1946, d.l. mit 36,688.410 S eingesetzt.

Die finanzielle Hilfe des Bundes erfährt noch dadurch eine Beeinträchtigung, dass der Stadt Wien auch diesmal ein Wiederaufbaubeitrag in der Höhe von 4 Millionen Schilling angelastet werden soll, obwohl Wien zu den vom Krieg am schwersten betroffenen Städten zählt.

Die Stadt Wien hat bereits bei anderen Gelegenheiten darauf hingewiesen, dass sie eine solche Lösung des Finanzausgleiches im Hinblick auf die steigenden Einnahmen des Bundes und die steigenden Ausgaben der Stadt nicht für tragbar ansieht.

Die Einnahmen aus dem Steuerwesen decken nur 23 Prozent des ordentlichen Finanzbedarfes, unter Einschluss der Finanzzuweisungen 36 Prozent.

An der Spitze der Ausgaben steht der Personalaufwand. Er stellt sich auf insgesamt 203,423.810 S (gegenüber 160,911.300 S im Voranschlag 1946) und erreicht damit rund 45 Prozent der ordentlichen Gesamtausgaben. Die Steigerung des Personaletats gegenüber 1945 beträgt rund 42 1/2 Millionen Schilling, d.s. mehr als 26 Prozent des für 1946 veranschlagt gewesenen Personalaufwandes und etwas mehr als die Hälfte der Gesamtsteigerung des ordentlichen Haushalts. Abgesehen von den laufenden Bezugserhöhungen und der für einzelne Betriebszweige - Friedhöfe, Fuhrwerksbetrieb, Bäder, Feuerwehr- nunmehr bereits möglich gewordenen Anpassung des Fachpersonalstandes an das Erfordernis ist der Mehraufwand vor allem eine Folge der den Gemeindebediensteten in Zuge der allgemeinen Lohnerhöhungen bereits zugestandenen Bezugserhöhung.

Vom Personalaufwand entfallen rund 175 Millionen Schilling auf den Aktivitätsaufwand und 29 Millionen Schilling auf die Pensionslast. Letztere stellt sich sonach auf etwa 14 Prozent des gesamten Personalaufwandes.

Der Personalstand setzte sich mit dem Stichtag vom 30. September 1946 aus 13.700 Beamten, 12.616 Angestellten und 13.216 Arbeitern zusammen. Das Personal der städtischen Unternehmungen ist in diesen Zahlen nicht enthalten. Die Lehrer werden vom Bunde bezahlt, wofür der Gemeinde Schullastenablösungsbeträge von

zusammen 15,697.500 S angelastet werden. Am genannten Stichtag wurden 10.410 Pensionsparteien gezählt.

Bei den Ansätzen des Sachaufwandes rechnet der Voranschlag mit einer etwas besseren Beschaffungsmöglichkeit. Die größte Steigerung ist bei den technischen Betrieben zu verzeichnen, auf deren Tätigkeit der Wiederaufbau einer zerstörten Wirtschaft in erster Linie angewiesen ist. Einschliesslich des Personalaufwandes ist der Etat dieser Betriebe gegenüber 1946 um 54 Prozent höher, wogegen die Zweige der reinen Hoheitsverwaltung nur eine Steigerung um 21 Prozent erfahren haben.

Im Budget des Kulturamtes wurden die Ausgaben für Ehrenpensionen, Ehrenpreise und sonstige Ehrungen der Künstlerschaft von 70.000 S auf 90.000 S erhöht. Im Ansatz für Kunstförderung sind diesmal außer den laufenden Ausgaben auch Beträge für eine Schubert- und Brahmswoche, sowie für eine Theater- und Musikwoche sichergestellt.

Das Jugendamt veranschlagt mehr als 8 1/2 Millionen Schilling für die Schülerauspeisung, in die nunmehr auch die Lehrlinge bis zu 18 Jahren einbezogen sind. Für Pflegegelder, deren durchschnittlicher Monatssatz nunmehr 35 S je Kind beträgt, sind 1.2 Millionen präliminiert. Der Ansatz für Stipendien wurde von 500.000 S auf 600.000 S erhöht. Für die Säuglingswäscheaktion, in dieser materialarmen Zeit notwendiger denn je, werden 250.000 S veranschlagt. Den Kindertagesstätten werden für Lebensmittel, Spiel- und Beschäftigungsmaterial und sonstige Erfordernisse rund 670.000 S bereitgestellt. Für Bauerunterstützungen der gehobenen Fürsorge sind 24'8 Millionen, für Geld- und Sachbeihilfen 2'5 Millionen und für die wirtschaftliche Tuberkulosenhilfe, eine Aktion, deren prophylaktischer Charakter steigendem Verständnis begegnet, 840.000 S eingestellt. Die Wohlfahrtskrankenpflege erheischt für die Bewältigung ihres umfangreichen Aufgabenkreises - Ärztekosten, Medikamente, Heilbehelfe, Hauskrankenpflege, Wöchnerinnenfürsorge u.a. - 380.000 S. Bei der großen Post des Familienunterhaltes sind in Anhoffnung der Rückkehr unserer Kriegsgefangenen und im Hinblick auf die gesetzlich vorgesehene zeitliche Beschränkung weniger als im Vorjahr, aber immerhin noch 15 Millionen Schilling eingesetzt, wovon 80 Prozent durch den Bund ersetzt werden. Für die Abwehr-

aktion gegen infektiöse Erkrankungen und für die Enterdigung der im Zuge der Kampfhandlungen getöteten Soldaten und Zivilpersonen sind noch 250.000 S vorgesehen.

Die Wohlfahrtsanstalten rechnen mit einem Gesamtaufwand von 94 Millionen Schilling, womit das Anstaltenbudget des Jahres 1946 um 12 1/2 Millionen Schilling, d.i. um 16 Prozent überschritten wird. Diesen Angaben stehen nur Einnahmen von 75 Millionen gegenüber.

Dem Jugendamt unterstehen 16 Bezirksjugendämter, 74 Mutterberatungsstellen und 4 Schwangerenberatungsstellen. Für 1947 ist die Errichtung von 5 weiteren Mutterberatungsstellen geplant. An Kindertagesstätten, deren Durchschnittsbesuch im September d.J. 8319 gegen 5359 im September 1937 betrug, zählt die Stadt 108 mit 11 Krabbelstuben, 227 Kindergartenabteilungen und 52 Hortabteilungen. Das Hauptgesundheitsamt verwaltet 20 Bezirksgesundheitsämter, 17 Tuberkulosenfürsorgestellen, 2 Sputumuntersuchungsstellen, 1 Beratungsstelle für Geschlechtskranke, 1 Röntgenstation, 1 Medizinaluntersuchungsanstalt, 1 Entseuchungsbetrieb und 14 Schulzahnkliniken. Im kommenden Jahr sollen 3 weitere Tuberkulosenfürsorgestellen und 4 Schulzahnkliniken in Betrieb genommen werden. Die durch Kriegseinwirkung arg mitgenommene Absonderungsanstalt ist noch nicht betriebsfähig. Das Anstaltenamt betreut 30 Krankenhäuser, 2 Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke, 25 Jugendfürsorgeanstalten, 9 Versorgungshäuser und 3 Herbergen für Obdachlose mit zusammen 30.951 Betten. 9 Anstalten sind teilweise oder ganz von den Besatzungstruppen beschlagnahmt. Für den Rettungs- und Krankendienst sind neben der Zentrale 5 Filialen und 3 Sanitätsstationen in Betrieb. Schulungszwecken dienen die Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen und Horterzieher sowie die Fürsorgeschule. Für die Verpflegung und Unterbringung in nicht städtischen Anstalten sind insgesamt mehr als 3 3/4 Millionen Schilling vorgesehen.

Die technischen Betriebe rechnen mit einem Gesamtaufwand von 79 Millionen Schilling, wovon 39 Millionen auf den Personalaufwand und 40 Millionen Schilling auf den Sachaufwand entfallen. Von dem Aufwand sollen 43 1/2 Millionen Schilling durch eigene Einnahmen gedeckt werden, sodass die allgemeinen Deckungsmittel von diesen Verwaltungszweigen mit mehr als 35 Millionen in Anspruch genommen werden müssen.

Im Hochbau sind rund 4 Millionen für die Fertigstellung von Wohnhaus- und Siedlungsanlagen mit 1.546 Wohnungen, 15 Millionen als erste Rate eines 2.000 Siedlungswohnungen umfassenden Siedlungsprogrammes und 1,700.000 S für die Erhaltung der Amtshäuser veranschlagt. Im Tiefbau sind 5 Millionen für Strassen- und 7,150.000 S für Brücken- und Wasserbauten vorgesehen. Die öffentliche Beleuchtung erfordert 1 1/2 Millionen.

Einschliesslich der auf anderen Rubriken und im ausserordentlichen Voranschlag enthaltenen Ansätze baulicher Art stellt der Voranschlag 1947 eine Summe von über 91 Millionen Schilling zur Verfügung. Ob die Bauindustrie imstande sein wird, die entsprechenden Aufträge auch tatsächlich auszuführen, hängt von Faktoren ab, auf die die Stadt keinen Einfluss hat.

Die Ansätze für Siedlungen und Kleingärten wurden von 365.000 S auf 434.600 S<sub>1946</sub> erhöht.

Am 1. August/verwaltete die Stadt Wien 926 Althäuser, 443 Wohnhausanlagen mit 4.745 Stiegenhäusern, 23 Siedlungen mit 2.122 Einzelhäusern, 11 Wohnbaracken und Notstandsbauten, 50 Stiftungshäuser, 33 Anteilshäuser und 19 fremde Häuser mit insgesamt 74.878 Wohnungen und 4.491 Geschäftslokalen.

Für die Erwerbung und Veräusserung von Liegenschaften veranschlagt das Liegenschaftsamt je 1 Million Schilling. Die gegenwärtige Lage auf dem Realitätenmarkt gestattet nicht, grosszügige Grunderwerbungen durchzuführen.

Für das Schulwesen sind für den Personalaufwand 20.6 Millionen Schilling, darunter als grösste Post die bereits erwähnten Schullastenaablösungsbeträge, und als Sachaufwand 4.8 Millionen Schilling veranschlagt. Den Anforderungen der Schulverwaltung auf die Bereitstellung namhafter Beträge für die Beschaffung von neuen Lehr- und Lernbüchern konnte mit Rücksicht auf die Lieferschwierigkeiten nur zum Teil Rechnung getragen werden. Der Pflichtunterricht wird derzeit in 280 Schulhäusern erteilt. 17 Schulgebäude sind von alliierten Truppen besetzt, 9 Objekte werden als Flüchtlingslager und 14 Schulhäuser für andere öffentliche Zwecke verwendet. Der Stand der Pflichtschüler betrug am 13. September 1946 insgesamt 101.233 Kinder. Der gewerbliche Unterricht wird in 35 Fortbildungsschulen, 4 Berufsfachschulen, 3 Handelsakademien und 8 kaufmännischen Fortbildungsschulen erteilt; ihr Schülerstand beläuft sich derzeit auf rund 27.300.

Für Jugend am Werk sind Sonderausgaben von 610.000 S vorgesehen. Für die Kriegsgefangenen und für die Flüchtlingsfürsorge, Aktionen, die im Auftrage des Bundes durchgeführt werden, sind zusammen 4,665.540 S und als Beitrag zu den Kosten der Bundespolizei 5,333.300 S veranschlagt.

Der ausserordentliche Voranschlag sieht für die Behebung von Kriegsschäden an baulichen Anlagen 46,825.300 S und am Inventar 6,182.800 S vor. Die grössten Posten darunter betreffen die Wohnhäuser mit rund 11 Millionen und die Herstellungen an Strassen, Brücken und Wasserbauten ebenfalls mit 11 Millionen Schilling. Die insgesamt mit Ende 1946 für die Behebung von Kriegsschäden aushaftenden Kosten werden auf rund 370 Millionen Schilling geschätzt, wovon auf die städtischen Wohnhäuser allein 130 Millionen entfallen.

Als ausserordentliche Einnahmen sind nur Ersätze für die Fondskrankenanstalten, für Schiffshebungen und für die Schuttaktion im Gesamtbetrage von 6,510.000 S abgewiesen. Der Abgang des ausserordentlichen Haushaltsplanes beträgt damit 46,498.100 S.

Die Bedeckung des Abganges des ordentlichen Voranschlages soll durch Einsparungen und weitere Einnahmehöhen, insbesondere durch erhöhte Zuweisungen aus dem Finanzausgleich, erfolgen. Soweit damit das Auslangen nicht gefunden werden sollte, wird auch eine Kreditoperation in Erwägung gezogen. Die Ausgaben für die Behebung von Kriegsschäden sollen vorschussweise aus Rücklagemitteln bedeckt werden. Hinsichtlich ihrer endgiltigen Finanzierung kann nur eine grosszügige Regelung in Frage kommen. Darüber sind Unterhandlungen mit dem Bund bereits eingeleitet.

#### Die Stadtbahn an Sonn- und Feiertagen

=====

Die Wiener Verkehrsbetriebe teilen mit, dass während der diesjährigen Wintermonate an Sonn- und Feiertagen die Züge der Rundlinie mit dem Signal GD von Hütteldorf über die Gürtel-, Donaukanal-, Wientallinie bis Hietzing und mit dem Signal DG von Hietzing über die Wiental-, Donaukanal-, Gürtellinie nach Hütteldorf geführt werden.

Im Bedarfsfalle (Veranstaltungen in Hütteldorf u.s.w.) werden alle Züge nach Hütteldorf geführt. Der Betrieb der Linie WD bleibt unverändert.

**Dilaudid ist einwandfrei**

=====

Das Gesundheitsamt der Stadt Wien gibt bekannt:

Da in letzter Zeit zwei Todesfälle im Zusammenhang mit vorausgegangenen Dilaudid-Injektionen gebracht worden waren, wurde die gerichtliche Obduktion der beiden Leichen und die chemische und pharmakologische Untersuchung des Präparates veranlasst.

Die zum Abschluss gelangten Überprüfungen des Präparates durch das gerichtsmedizinische und das pharmakologische Institut der Universität Wien haben nunmehr dessen qualitativ und quantitativ durchaus einwandfreie Beschaffenheit bestätigt. Somit ist die durch Radio und einzelne Tagesblätter über Veranlassung eines Polizeikommissariats ausgegebene Warnung vor dem Gebrauch von Dilaudid gegenstandslos geworden. Dilaudid kann daher, wenn im Einzelfalle keine medizinischen Bedenken gegen seine Anwendung vorliegen, in geeigneten Fällen ohne weiters wieder Verwendung finden.